



**Berlin**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 74 602  
Fax: (030) 227 76 622  
E-Mail: [angelika.brunkhorst@bundestag.de](mailto:angelika.brunkhorst@bundestag.de)

**Wahlkreis**  
Sonnenstraße 1  
27793 Wildeshausen  
Tel: (04431) 93 17 04  
Fax: (04431) 93 17 05  
E-Mail: [angelika.brunkhorst@wk.bundestag.de](mailto:angelika.brunkhorst@wk.bundestag.de)

[www.angelika-brunkhorst.de](http://www.angelika-brunkhorst.de)

**Angelika Brunkhorst**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Obfrau der FDP-Bundestagsfraktion im Ausschuss  
für Umwelt, Naturschutz & Reaktorsicherheit

Berlin, 12. Februar 2009

# Rede im Deutschen Bundestag

---

**Beratung: Antrag Bündnis90/Die Grünen**  
**„Vertragstreue Abschaltung alter Atomkraftwerke in Osteuropa“**  
**Drs. 16/11764**  
**TOP 19 am 12. Februar 2009**

Sehr geehrter Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren.

2004 sind Polen, Litauen, die Slowakei und Slowenien, 2007 Bulgarien und Rumänien der EU beigetreten. Ihr Beitritt war an verschiedene Bedingungen geknüpft, die vertraglich festgehalten wurden. An diese Verträge müssen sich die betreffenden Länder selbstverständlich halten.

Dementsprechend ist es richtig, dass die EU-Kommission mit einem EU-Vertragsverletzungsverfahren droht, sollte die Slowakei zwei Reaktoren in Bohunice wieder in Betrieb nehmen. Gleiches gilt für Bulgarien: Staatspräsident Parwanow hat angekündigt, einen Reaktor des Atomkraftwerks Kozloduj wieder in Betrieb zu nehmen, was Bulgarien laut EU-Beitrittsvertrag nicht gestattet ist. Auch in diesem Fall muss die EU rechtliche Schritte dagegen unternehmen. Die deutsche Bundesregierung muss der EU bei diesen Schritten Rückendeckung geben.

Hinter den Bestrebungen der betreffenden osteuropäischen Länder verbirgt sich deren Wunsch, energiepolitisch unabhängig von Russland zu sein. Welche fatalen Folgen die alleinige Energieabhängigkeit von Moskau haben kann, hat der zurückliegende Gasstreit überdeutlich gemacht.

Dass das Baltikum, Polen, die Ukraine und alle anderen Staaten – Deutschland eingeschlossen - Energieunabhängigkeit von Russland anstreben, ist überaus verständ-



---

lich. Einen Vertragsbruch rechtfertigt dieses Bestreben jedoch nicht. Wir stimmen hier mit den Grünen überein.

Auf eines weisen wir jedoch ausdrücklich hin: Die Debatte um die vertragsgemäße Abschaltung von osteuropäischen Reaktoren darf keinesfalls mit der Diskussion über eine Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke vermengt oder verwechselt werden.

Erst letzte Woche hat sich das Europäische Parlament klar für die europaweite Förderung der Kernenergie ausgesprochen. Das Parlament forderte die Kommission auf, einen konkreten Fahrplan für Investitionen in Kernenergie vorzulegen und unverzüglich einheitliche rechtliche und wirtschaftliche Bedingungen für die friedliche Nutzung der Kernenergie zu schaffen.

Gut so! Denn mit Kernenergie lässt sich der Energiemix umweltschonend, wirtschaftlich und auf Versorgungssicherheit bedacht gestalten. Sich ihrer nicht zu bedienen bis alternative Energien die gleichen Möglichkeiten bieten, ist verantwortungsloser Unsinn.

Viele europäische Länder haben das erkannt. In Bulgarien, Finnland, Frankreich und die Slowakei sind neue Reaktoren im Bau. Pläne für den Neubau schmieden derzeit Bulgarien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Litauen, die Niederlande, Polen, Rumänien, Schweden, die Schweiz, die Slowakei, Slowenien, die Ukraine und Weißrussland.

Länder, die auf technisch sichere Kernkraftwerke setzen, haben einige Sorgen weniger. Wir in Deutschland hingegen schlafen weiterhin den rot-grün-ideologisierten Dornröschenschlaf und stehen ohne jedes Konzept da, wie wir unsere Energieversorgung klimafreundlich, versorgungssicher, bezahlbar und unabhängiger von Importen gestalten wollen.

Auch in Deutschland sollte es Maßstab der Vernunft sein, zunächst weiter auf die friedliche Nutzung der Kernenergie zu setzen.